

DEUTSCHER BUNDESTAG

15. Wahlperiode

Enquête-Kommission

„Kultur in Deutschland“

Protokoll Nr. 15/5

Bearbeiter: VA Leberl

5. Januar 2004

Kurzprotokoll

der 5. Sitzung (öffentlich) der Enquête-Kommission

"Kultur in Deutschland"

am Montag, dem 8. Dezember 2003, 13:00 Uhr,

Berlin, Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E 300

Einzigiger Tagesordnungspunkt:

Öffentliches Expertengespräch zum Thema

„Leistungsprofil und Leistungsdefizite der Kulturstatistik“

Vorsitz: Abgeordnete Gitta Connemann

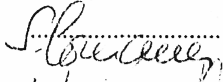
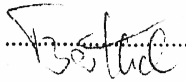
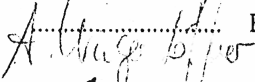

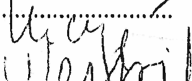
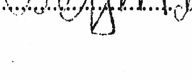
Anwesenheitsliste
gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Sitzung der Enquete- Kommission "Kultur in Deutschland"

Ordentliche Mitglieder der Enquete- Kommission Abgeordnete(r)	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder der Enquete- Kommission Abgeordnete(r)	Unterschrift
---	--------------	--	--------------

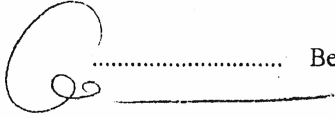
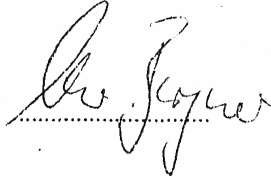
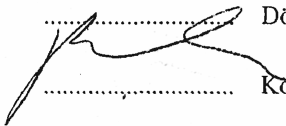
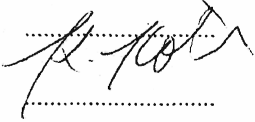
SPD

SPD

Ehrmann, Siegmund		Barthel (Berlin), Eckhardt	
Krüger-Leißner, Angelika		Bürsch Dr., Michael
Khatschka, Horst		Kumpf, Ute
Lucyga Dr., Christine		Merkel, Petra
Westrich, Lydia		Weis, Petra

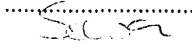
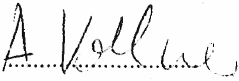
CDU/ CSU

CDU/ CSU

Connemann, Gitta		Bergner Dr., Christoph	
Nooke, Günter	Dött, Marie-Luise
Sehling, Matthias		Köhler (Wiesbaden), Kristina	
Freiherr von Stetten, Christian	Mantel, Dorothee

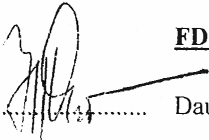
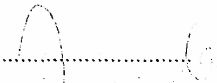
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Sowa, Ursula		Vollmer Dr., Antje	
--------------	---	--------------------	---

FDP

FDP

Otto (Frankfurt), Hans-Joachim		Daub, Helga	
--------------------------------	---	-------------	---

Sitzung der Enquete- Kommission "Kultur in Deutschland"

als sachverständige Mitglieder:

Dr. Susanne Binas

Susanne Binas

Helga Boldt

Helga Boldt

Dr. Gerd Harms

Gerd Harms

Heinz Rudolf Kunze

.....

Dr. Bernhard Freiherr von Loeffelholz

.....

Prof. Dr. Wolfgang Schneider

Wolfgang Schneider

Dr. Oliver Scheytt

.....

Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg

.....

Dr. phil. Nike Wagner

Nike Wagner

r. h.c. Hans Zehetmair

Hans Zehetmair

Olaf Zimmermann

Olaf Zimmermann

Montag d. 08. Dez. 03 13 00

EK "Kultur in Deutschland"

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

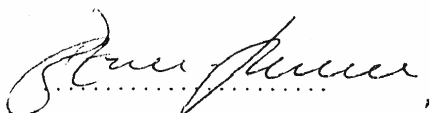
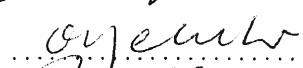
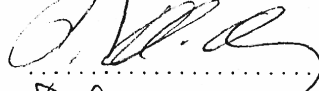


SPD
CDU/ CSU
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
FDP

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

BECKER-BRODUNG	FDP	
O. GEHRKE	CDU/CSU	
Al. Amary	FDP	
Richard Obdianke	B'90/Grüne	
Drechsler	SPD	
.....
.....
.....
.....
.....

Sitzungsbeginn: 13.15 Uhr.

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und entschuldigt die Mitglieder Christian Freiherr von Stetten, Matthias Sehling und Petra Weis und das Sachverständige Mitglied Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg. Die **Vorsitzende** geht vor Eintritt in die Tagesordnung zunächst auf einige Regularien ein. Die Obleute seien im Obleutegespräch einvernehmlich der Auffassung gewesen, dass die Enquête-Kommission in Zukunft stets in dem Sitzungssaal E 300 des Paul-Löbe-Hauses tagen solle. Das Sekretariat werde den Saal E 300 für 2004 für die Enquête-Kommission reservieren.

Die **Vorsitzende** teilt weiter mit, dass die MIDEM Deutschland sie als Vorsitzende der Enquête-Kommission "Kultur in Deutschland" offiziell zur MIDEM 2004 eingeladen habe. Wenn die Enquête-Kommission auf der Messe Präsenz zeige, sei dies ein politisches Zeichen zur Unterstreichung auch der von der Enquête-Kommission zu thematisierenden Dimension von Kultur als Wirtschaftsfaktor. Sie fragt die Mitglieder, ob Einverständnis bestehe, dass sie als Vorsitzende am Montag, dem 26. Januar 2004, an der offiziellen Eröffnung des deutschen Gemeinschaftsstandes teilnehmen werde. Die **Vorsitzende** stellt fest, dass es dagegen keine Widerspruch gebe.

Die **Vorsitzende** stellt dem Plenum des Weiteren die zwei neuen wissenschaftlichen Mitarbeiter, Herrn Leberl und Herrn Sack, vor, die seit dem 1. Dezember im Sekretariat der Enquête-Kommission tätig seien.

Die **Vorsitzende** berichtet, dass sich in der konstituierenden Sitzung der AG I herausgestellt habe, dass das Kapitel I des Arbeitsprogramms noch differenziert werden müsse. Dafür hätten sich die Mitglieder der AG I darauf verständigt, eine Unterarbeitsgruppe für eine Sitzung am 18.12.2003 zu bilden, die sich nach Abschluss ihrer Arbeit mit Ende der Sitzung wieder auflösen werde. Dafür sei ein formeller Beschluss der Enquête-Kommission notwendig. Die **Vorsitzende** fragt die Mitglieder, ob sie dem Antrag auf Bildung der Unterarbeitsgruppe zustimmen. Die **Vorsitzende** stellt fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden sei.

Die **Vorsitzende** erinnert daran, dass die Mitglieder sich bei der Konstituierung der Enquête-Kommission darauf verständigt hätten, soweit wie möglich in der Arbeit Öffentlichkeit herzustellen. Dementsprechend seien die Obleute mit Blick auf das auf der Tagesordnung stehende Thema einstimmig der Auffassung gewesen, dass das Expertengespräch als öffentliche Sitzung stattfinden solle.

Die **Vorsitzende** begrüßt – in alphabetischer Reihenfolge – die eingeladenen Experten, Herrn Raimund Bartella, Hauptreferent im Dezernat für Bildung, Sport und Kultur des Deutschen

Städtetages, Frau Oberregierungsrätin Christiane Krüger-Hemmer, Leiterin des Referates "Querschnittsaufgaben der Bildungs- und Kulturstatistik" im Statistischen Bundesamt, in Vertretung von Herrn Johann Hahlen, dem Präsidenten des Statistischen Bundesamtes, und Herrn Michael Söndermann, Vorsitzender des Arbeitskreises Kulturstatistik e.V.

Die **Vorsitzende** bittet die Experten um die Eingangsstatements.

Frau **Oberregierungsrätin Christiane Krüger-Hemmer** (Statistisches Bundesamt) dankt der Enquête-Kommission und speziell der Vorsitzenden dafür, das Angebot des Statistischen Bundesamtes für eine Zusammenarbeit konkretisieren zu können. Für die Arbeit der Enquête-Kommission könne das Statistische Bundesamt eine Vielzahl statistischer Materialien anbieten. Sie wolle auf folgende Punkte besonders hinweisen:

- Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kulturstatistik:

Das Statistische Bundesamt arbeite mit den Statistischen Landesämtern, den für kulturelle Angelegenheiten zuständigen Ministerien der Länder, der Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und Medien (BKM) und dem Deutschen Städtetag im KMK-Facharbeitskreis Kulturstatistik gut und konstruktiv zusammen an der Verbesserung der Datenlage im Kulturbereich.

- Bisherige Arbeiten/Publicationen des Statistischen Bundesamtes zur Kulturstatistik:

Bundesstatistiken gebe es für den Kulturbereich nicht, da das Grundgesetz die Gesetzgebungs- und Verwaltungskompetenz im Kulturbereich ganz überwiegend den Ländern zuweise. Der Schwerpunkt der Arbeiten des Statistischen Bundesamtes liege daher auf der Auswertung von Bundesstatistiken, die primär für andere Zwecke durchgeführt würden, sowie von Statistiken externer Stellen. So habe das Statistische Bundesamt bereits 1994 mit der Publikation „Kultur in Deutschland – Zahlen und Fakten“ im Auftrag des BMI eine erste umfassende Dokumentation von Zahlen und Fakten über die verschiedenen Kulturbereiche in Deutschland vorgelegt.

Gemeinsam mit dem KMK-Facharbeitskreis sei 2000 der erste Kulturfinanzbericht erstellt worden. (Je ein Exemplar der beiden letztgenannten Veröffentlichungen könne im Sekretariat der Enquête-Kommission eingesehen werden.) Eine aktualisierte Ausgabe werde im Frühjahr 2004 erscheinen und auch einen Städtevergleich zur öffentlichen Kulturfinanzierung enthalten.

Im Frühjahr 2004 werde das Statistische Bundesamt voraussichtlich auch mit den Arbeiten am Kulturwirtschaftsbericht beginnen. Für die Arbeiten sei nach den heutigen Planun-

gen etwa ein Jahr veranschlagt. Ziel des Berichts sei es, die Kulturwirtschaft hinsichtlich ihrer ökonomischen Bedeutung auf der Basis vorhandener Statistiken zu beschreiben.

- Möglichkeit von Sondererhebungen:

Die amtliche Statistik habe nach §7 Bundesstatistikgesetz (BStatG) die Möglichkeit, zur Deckung eines kurzfristigen Datenbedarfs und für die Klärung wissenschaftlich-methodischer Fragestellungen Erhebungen auf freiwilliger Basis durchzuführen. Das Statistische Bundesamt sei grundsätzlich bereit, für die Arbeit der Enquête-Kommission Sondererhebungen nach §7 BStatG durchzuführen, wenn die entsprechenden finanziellen Ressourcen bereitgestellt würden. Falls die Enquête-Kommission von dieser Möglichkeit Gebrauch machen wolle, solle das Statistische Bundesamt schon frühzeitig in die Arbeiten einbezogen werden, da auf Grund der benötigten Vorlaufzeit ansonsten die Daten nicht rechtzeitig bereit gestellt werden könnten.

Folgende Themen stünden im Vordergrund einer Bestandsaufnahme zur Kultur in Deutschland:

- Finanzierung von Kultur
- Kulturwirtschaft (Arbeitsplätze und Wertschöpfung durch den Kultursektor)
- Kulturangebot (in regionaler Gliederung)
- Die kulturellen Aktivitäten der Bevölkerung
- Die Situation der Künstler

Diese Themen seien eng miteinander verzahnt. Die Daten zu einzelnen Themenbereichen könnten vielfach auch für die Beschreibung der anderen Themenbereiche genutzt werden. Insbesondere bei der Konzeption und Durchführung von Sondererhebungen und Sonderauswertungen solle der Datenbedarf für den Gesamtkomplex beachtet werden.

Finanzierung von Kultur

Das Statistische Bundesamt erstelle in Zusammenarbeit mit der KMK, der BKM und dem Deutschen Städtetag einen Kulturfinanzbericht. Schwerpunkt sei die Darstellung der Kulturfinanzierung durch Bund, Länder und Gemeinden. Ferner würden die Ausgaben der privaten Haushalte für Kultur separat dargestellt. Ziel solle mittelfristig sein, ein Gesamtbudget zur Kulturfinanzierung in Deutschland zu erstellen. Im Datenangebot fehlten bisher Informationen zu:

- Kultursponsoring durch Unternehmen, Privatpersonen und dergleichen
- Kulturfinanzierung durch öffentliche Unternehmen (z.B. Sparkassen, Stadtwerke)
- Kulturfinanzierung durch die Europäische Union
- Kulturfinanzierung durch öffentliche und private Kulturstiftungen
- Kulturförderung durch die Filmförderungsanstalt und ähnliche Einrichtungen.

Zur Schließung dieser Lücken schlage das Statistische Bundesamt vor:

- eine Erhebung zur Ermittlung der Kulturfinanzierung durch Finanzierungseinrichtungen bei diesen Einrichtungen (z.B. bei Kulturstiftungen, Filmförderungsanstalt)
- eine Befragung von Kultureinrichtungen zur Herkunft ihrer Einnahmen, um Daten zum Kultursponsoring durch Unternehmen zu ermitteln. Eine Erhebung der Ausgaben für Kultursponsoring direkt bei den Unternehmen halte das Statistische Bundesamt wegen der Größe des Berichtskreises für zu aufwändig.

Kulturwirtschaft (Arbeitsplätze und Wertschöpfung durch den Kultursektor)

Das Statistische Bundesamt beabsichtige, in Zusammenarbeit mit den Ländern und der BKM einen Kulturwirtschaftsbericht zu erarbeiten. Der Anstoß für den Kulturwirtschaftsbericht sei vom Fachgesprächskreis Kulturstatistik der KMK gekommen. Inzwischen habe die Konferenz der Wirtschaftsminister der Länder die Zuständigkeit hierfür an sich gezogen. Für den Kulturwirtschaftsbericht seien folgende Arbeiten zu leisten:

- Ermittlung der methodischen Grundlagen,
- Auswertungen des Unternehmensregisters, der Umsatzsteuerstatistik, der Personalstandsstatistik des öffentlichen Bereichs, der Statistik der Ausgaben und Einnahmen sowie des Personals der öffentlichen Unternehmen, der Statistiken des produzierenden Gewerbes, des Handels u.a.m.
- sowie nichtamtlicher Statistiken (z.B. Theaterstatistik des Bühnenvereins, Museumsstatistik, Bibliotheksstatistik).

Ziel sei es, das Beschäftigungs- und Umsatzvolumen des Kulturbereichs für das Bundesgebiet in einer Gliederung nach Ländern zu ermitteln. Das Statistische Bundesamt hoffe, dass die Vereinbarungen mit der BKM und den Wirtschaftsministern der Länder im Frühjahr nächsten Jahres getroffen werden könnten.

Bisher sei nur eine Bestandsaufnahme vorgesehen. Es sei noch nicht daran gedacht, vorhandene Datenlücken durch Sondererhebungen zu schließen.

Kulturangebot (in regionaler Gliederung)

Ob Menschen Zugang zu kulturellen Angeboten haben, bestimmt nicht zuletzt das Kulturangebot vor Ort. Für die Beurteilung des Zugangs zur Kultur sei es wenig aussagefähig, wie viel einzelne Städte für Kultur ausgaben, denn örtliche Kultureinrichtungen könnten auch vom Land oder in privater Trägerschaft (in Ausnahmefällen auch vom Bund) betrieben werden. Deshalb schlage das Statistische Bundesamt folgendes vor:

- Erstellung eines Verzeichnisses der Kultureinrichtungen der Großstädte in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag. Dieses Verzeichnis könne gespeist werden durch
- die Auswertung des Internets (z.B. auch des Kulturportals Deutschland)
- sowie einer Vielzahl amtlicher Statistiken (z. B. Unternehmensregister, Kartei der öffentlichen Unternehmen usw.).

Um die Bedeutung der Einrichtungen beurteilen zu können, müssten nach Auffassung des Statistischen Bundesamts Merkmale wie Beschäftigte, Besucherzahlen und dergleichen ebenfalls aufgenommen werden bzw. durch Zusatzbefragungen ermittelt werden.

Die kulturellen Aktivitäten der Bevölkerung

Wichtig sei auch der Umfang der kulturellen Aktivitäten der Menschen. Dieser zeige sich unter anderem im Zeitaufwand der einzelnen Personen für Kultur (z.B. für den Besuch von kulturellen Veranstaltungen, für das Malen von Bildern, für Musikhören). Das Statistische Bundesamt schlage daher folgendes vor:

- eine Zusatzauswertung der Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamtes. Diese könne Auskunft darüber geben, wie viel Zeit die Bürger und Bürgerinnen für Kultur aufwendeten.

Die Situation der Künstler

Das kulturelle Leben werde primär von den Künstlern geprägt. Ihre Lebensverhältnisse seien daher von großer Bedeutung. Um einen besseren Einblick in die Situation der Künstler bekommen zu können, schlage das Statistische Bundesamt folgendes vor:

- Sonderauswertungen des Mikrozensus und der Daten der Künstlersozialkasse, gegebenenfalls weiterer Quellen.
- Das Statistische Bundesamt könne sich auch die Ziehung einer Stichprobe aus den Mitgliedern der Künstlersozialkasse vorstellen, um im Rahmen einer Zusatzerhebung ergänzende Informationen über die Lebensbedingungen der Künstler zu ermitteln.

Rahmenbedingungen:

Zusammenarbeit mit den Ländern

Den größten Teil des kulturellen Angebots stellten die Länder und die Kommunen bereit. Bei Sondererhebungen wäre das Statistische Bundesamt daher auf die Unterstützung der Länder angewiesen. Dies gelte umso mehr, wenn Daten zu einzelnen Kulturbereichen erhoben werden sollten. Das Statistische Bundesamt schlage daher vor, derartige Zusatzerhebungen von einem Expertenkreis begleiten zu lassen, in den Vertreter der Länder (z.B. des Facharbeitskreises Kulturstatistik der KMK) einbezogen werden sollten. Verweisen wolle das Statistische Bundesamt in diesem Zusammenhang auch darauf, dass es schon jetzt intensiv und ständig mit den Statistischen Landesämtern kooperiere.

Gesamtkonzept erforderlich

Für die Veröffentlichung „Kultur in Deutschland“ habe das Statistische Bundesamt bereits ein Konzept zur statistischen Abbildung des Kultursektors entwickelt. Dieses sei im Lichte der Erwartungen der Enquête-Kommission zu überprüfen. Die einzelnen Aktivitäten der statistischen Bestandsaufnahme des Kulturbereichs sollten auch aus Kostengründen in integrierter Form erfolgen. So sollten z.B. bei der Ermittlung der einzelnen Kultureinrichtungen der Städte auch die Einnahmen dieser Einrichtungen nach Mittelgebern erhoben werden.

Rolle des Statistischen Bundesamtes

Das Statistische Bundesamt freue sich, dass die Enquête-Kommission seinem Angebot, als Servicestelle für die statistische Abbildung des Kulturbereichs zur Verfügung zu stehen, durch die Einladung zu diesem Expertengespräch näher getreten sei. Voraussetzung für alle über die laufenden Arbeiten in der Kulturstatistik hinausgehenden Aktivitäten sei jedoch, dass die Enquête-Kommission ihm hierfür die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung stelle.

Das Statistische Bundesamt habe für diese Arbeiten das erforderliche Know-how. Es habe einen umfassenden Überblick über die amtlichen und nicht-amtlichen Statistiken des Kulturbereichs. Häufig könne es die entsprechenden Daten bereits durch eine intensive Auswertung bestehender Statistiken bereitstellen. Informationen zum Kulturbereich könnten auch durch Nutzung der statistischen Register und der von der amtlichen Statistik entwickelten Methoden bei der Planung und Durchführung von Sondererhebungen kostengünstig ermittelt werden.

Aufbau und Pflege von neuen statistischen Datenbanken seien relativ teuer. In Zeiten des Statistikabbaus solle daher kein Parallelsystem zur amtlichen Statistik entstehen.

Das Statistische Bundesamt sei objektiv und neutral, verfüge über die wissenschaftliche Kompetenz im Statistikbereich und sei ein Garant für die Einhaltung der Datenschutzvorschriften. Da Sondererhebungen nur auf freiwilliger Basis durchgeführt werden könnten, sei dies für eine hohe Rücklaufquote von großer Bedeutung. Die Objektivität der amtlichen Statistik sei wohl auch für die Akzeptanz der Ergebnisse dieser Bestandsaufnahme – insbesondere in der allgemeinen Öffentlichkeit sowie bei den Ländern und Gemeinden – von großer Bedeutung. Ferner achte das Statistische Bundesamt darauf, dass die Entwicklungen auf europäischer Ebene bei den Arbeiten berücksichtigt würden.

Die statistische Abbildung der Bundesrepublik Deutschland sei ständige Aufgabe des Statistischen Bundesamtes. Daher könnten die im Rahmen der Arbeiten für die Enquête-Kommission entwickelten Daten und Verfahren gepflegt und erhalten werden, was eine spätere Aktualisierung erleichterte. Das Statistische Bundesamt sei hierzu im Rahmen seiner personellen und finanziellen Möglichkeiten und in Zusammenarbeit mit dem KMK-Facharbeitskreis bereit. Eine belastbare Datengrundlage sei für die Förderung der kulturellen Entwicklung in Deutschland von wesentlicher Bedeutung. Hierfür biete das Statistische Bundesamt am ehesten die Gewähr.

Raimund Bartella (Deutscher Städtetag) erklärt, er wolle zunächst einige Bemerkungen vorausschicken: Es gebe in Deutschland eine im internationalen Vergleich sehr gute Kulturstatistik; diese entspreche nur eben der föderalen Struktur der Bundesrepublik. Es gebe daher keine einheitliche Bundeskulturstatistik und kein Bundeskulturstatistikgesetz. In Deutschland würden die kulturstatistisch relevanten Daten in der Regel von den Fachverbänden, d.h. dezentral, erhoben. Diese Statistiken hätten für die jeweiligen Fachverbände einen hohen Wert, sie entsprächen aber mitunter nicht den Anforderungen, die die Enquête-Kommission gegebenenfalls an eine Statistik zu stellen habe. Im Kulturbereich sei eine sektorale Betrachtungsweise geboten, unterteilt nach Theater, Literatur, bildender Kunst, kultureller Bildung usw.

Diese Kultursektoren würden durch unterschiedliche Träger bedient: durch öffentliche Stellen, den so genannten dritten Sektor (Stiftungen, Vereine), und durch private Unternehmen (Kulturwirtschaftsunternehmen im engeren Sinne: wie private Theater, Musicals, selbständige Künstler etc., sowie die Kulturwirtschaft in einem weiteren Sinne: wie Buchverlage, die Phonowirtschaft usw.).

Angesichts dieses komplizierten Geflechts von Sektoren und Trägern müsse die Enquête-Kommission sich überlegen, welche Daten sie erheben wolle. Dabei sei zu unterscheiden zwischen: Inputdaten, d.h. Daten über finanziellen Einsatz, tätige Personen usw.; Outputdaten, d.h. verkaufte Objekte der bildenden Kunst, Theaterbesucherzahlen und dergleichen mehr; Outcome, d.h. das, was das Interesse von und die Akzeptanz bei den Nutzern umschreibt. Zu dem letzteren Bereich gebe es, anders als zu den ersteren beiden, relativ wenig Datenmaterial. Aus den Ausführungen von Frau Krüger-Hemmer (Statistisches Bundesamt) gehe hervor, dass das Statistische Bundesamt große Stichproben angeboten habe, z.B. eine Zeitbudgeterhebung oder den „Mikrozensus“. Mit diesen Instrumenten könne man auf Basis einer bestehenden Statistik eine große Fülle an Informationen zum Outcome erhalten. Andererseits gebe es solche Daten teilweise bereits, z.B. in Form des Kulturbarometers des Zentrums für Kulturforschung.

Aus Sicht des Deutschen Städtetags seien an eine umfassende Kulturstatistik unter Berücksichtigung des Arbeitsprogramms der Enquête-Kommission grundsätzliche Anforderungen zu stellen. 1. Die sektorale Betrachtung: Am Beispiel der Literatur zeigt Herr Bartella auf, dass es nicht ausreiche, die Anzahl von Bibliotheken, die Zahl der Medienbestände und Ausleihen zu untersuchen. Man müsse auch die Arbeitsbedingungen der Autoren, die Verlage und die Druckereien und vieles andere mehr unter die Lupe nehmen. Dafür müsse die Enquête-Kommission den Statistikern umfassende „Informationspakete“ schnüren, damit diese wüssten, welche Daten z.B. für den Literatursektor zu erheben seien. 2. Alle vorhandenen Statistiken und Informationen, vom Statistischen Bundesamt und anderen, seien auf ihre Kulturrelevanz zu untersuchen. 3. Für eine auf Dauer angelegte quantitativ untermauerte Kulturpolitik sei eine statistische Einmalbetrachtung wenig sinnvoll. Eine Beobachtung quantitativer Phänomene müsse laufend erfolgen. Dies müsse nicht jährlich, aber doch alle zwei bzw. vier Jahre, je nach Untersuchungsgegenstand, erfolgen. Dafür seien die methodischen und organisatorischen Vorkehrungen zu treffen.

Herr Bartella sagt, er wolle zu dem von Frau Krüger-Hemmer (Statistisches Bundesamt) beschriebenen vorhandenen Angebot der amtlichen Statistik für den Kulturbereich lediglich zwei Ergänzungen anbringen: 1. Die Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit. Hierbei seien die Beschäftigten- und Arbeitslosenstatistik und das Unternehmensregister zu nennen. Dadurch könne man Künstler und Unternehmen, die im Kultursektor tätig sind, nach Berufen erschließen. Dies sei unerlässlich. 2. Private Verbände der Künstler und der Kulturwirtschaft führten ebenfalls Statistiken, aber in der Regel nicht so ausführlich, wie es der Deutsche Bühnenverein tue, da dies lediglich für eigene Zwecke geschehe.

Herr Bartella äußert die Ansicht, dass es hilfreich sei, wenn die Enquête-Kommission eine Anpassungsstrategie vorschläge, wie die in großer Zahl vorhandenen Fachstatistiken zu einem System zusammengeführt werden könnten, das man auf der Basis von bestehendem Datenmaterial errichten könne. Neues Datenmaterial zu erheben wäre dagegen sehr teuer. Für die Bereitstellung von hochwertigen Informationen für die Arbeit der Enquête-Kommission sei es sinnvoll, die vorhandenen Daten zu den einzelnen Kultursektoren durch Fachleute sammeln zu lassen und die Analyse dahingehend vorzubereiten, dass Indikatoren gebildet werden, um auf diese Weise Gesamtbilder zur Interpretation vorliegen zu haben. Das Entscheidende sei nicht das Vorliegen eines einzelnen Datums zu einer bestimmten Einrichtung, sondern das intelligente Nutzen aller verfügbaren Datenquellen, mit dem Ziel, Statistik zu Informationspaketen zu verdichten. Erst aus verdichteten Daten würden politikrelevante Informationen, die möglichst in Zeitreihen vorliegen sollten, damit auch der Erfolg oder Misserfolg von Aktionen und Maßnahmen beurteilt werden könne. Der Deutsche Städtetag stelle der Enquête-Kommission das bei ihm vorhandene Rohmaterial gerne zur Verfügung.

Michael Söndermann (Arbeitskreis Kulturstatistik) bedankt sich im Namen des Arbeitskreises Kulturstatistik bei der Enquête-Kommission dafür, dass erstmals in den parlamentarischen Debatten das Thema Kulturstatistik als eigenständiges Thema auf die Agenda gesetzt worden sei. Der Wissenschaftliche Arbeitskreis Kulturstatistik sei eine Vereinigung von rd. 30 Mitgliedern, darunter sowohl die „Produzenten“ von Kulturdaten als auch die Nutzer von Kulturdaten. Daher flössen sehr unterschiedliche Erfahrungen in die Arbeit des Arbeitskreises Kulturstatistik ein. Er wolle im Folgenden – in Anspielung auf den Titel des Expertengesprächs – sein Hauptaugenmerk auf die Leistungsdefizite der Kulturstatistik richten.

Er wolle zu Beginn an die Worte seines Vorredners, Herrn Bartella (Deutscher Städtetag), anknüpfen und diese bestätigen, nämlich, dass es in Deutschland eine sehr gute Kulturstatistik gebe. Jedoch existiere nicht die eine harmonisierte staatliche Gesamtstatistik, vielmehr gebe es eine Vielzahl von Kulturstatistiken von sehr heterogener Qualität. Das Typische der deutschen Kulturstatistik sei jedoch eine Fülle von Statistiken und Daten, die europaweit nur sehr selten erreicht würde. Die Kulturstatistik in Deutschland sei nichtamtlich bzw. „verbandlich“. Dies sei das Problem: Was nicht zentral erhoben worden sei, sei nicht kongruent.

Bislang sei bei statistischen Auskünften zum Kulturbereich häufig der Eindruck entstanden, dass die Datenbasis löchrig und unbefriedigend sei. Dies liege zum einen an einer fehlenden Definition von Kultur, zum zweiten daran, dass zu vielen gestellten Fragen Daten nicht vorhanden seien, zum dritten würden die empirischen Erkenntnisse gar nicht erst bewertet. Nach

Erfahrung des Arbeitskreises Kulturstatistik gebe es dafür vier Ursachen: 1. Die Kulturpolitik sei an qualifizierter Kulturstatistik nur tendenziell interessiert. Dies gelte im Übrigen auch umgekehrt. Anders als z.B. bei einer Agrarstatistik sei Kulturpolitik als Trägerin von Kulturinstitutionen selbst in dieses Thema involviert. Kulturstatistik werde leider zu häufig zu journalistischen Informations- oder PR-Zwecken verwendet, zu selten aber zur Politiksteuerung oder –beratung. Die kulturpolitische Praxis habe vielleicht zu lange außerhalb rationaler oder empirisch quantitativer Begründungen arbeiten können.

2. Die Kulturstatistik stehe vor dem methodischen Problem, Kultur quantifizieren zu sollen, die doch zunächst ein ästhetisches oder qualitatives Phänomen sei, aber kein „Massenphänomen“. Dies zeige sich in den Debatten darüber, wie eine Messlatte für die Bewertung von Kultur gefunden werden solle. Die ökonomische Größe des Preises taue für den Kulturbereich nicht, allenfalls tendenziell. Die Methodik der Kulturstatistik habe Schwierigkeiten, der Heterogenität und des individuellen Charakters des Kultursektors gerecht zu werden und gerade das Besondere, nicht das Vereinheitlichte zu erfassen.

3. Die wissenschaftliche Kulturstatistik habe es bisher nicht geschafft, in der Wissenschaft ein ausreichendes Interesse an der Kulturstatistik zu erzeugen. Es gebe seines Wissens in Deutschland keinen Lehrstuhl und kein Institut, die sich damit befassen.

4. Die Kenntnis von der vorhandenen Datenbasis sei absolut ungenügend. Im Theatersektor beispielsweise gebe es mindestens 20 verschiedene Datenbasen, von denen die meisten niemals aufgearbeitet würden.

Die **Vorsitzende** dankt den Experten für ihre Statements. Sie weist darauf hin, dass alle drei Experten denselben Arbeitsauftrag gehabt hätten. Sie eröffnet die erste Fragerunde.

Olaf Zimmermann (SV) verweist darauf, dass die Enquête-Kommission eine doppelte Zielrichtung habe, zum einen Datenmaterial dort zu erheben, wo es bislang fehle, zum andern habe die Enquête-Kommission die Frage zu beantworten, wie über ihre eigene Arbeit hinaus die bundesweite Kulturstatistik gestärkt werden könne. Er stellt die Frage an alle Experten, wie die genannten Defizite, die fehlende Einheitlichkeit und der mangelhafte Zugriff auf bestehende Daten, praktisch gelöst werden könnten. An Frau Krüger-Hemmer (Statistisches Bundesamt) richtet er des Weiteren die Frage, wie eine Sondererhebung zur Situation der Künstler bei der Künstlersozialkasse und im Versicherungsbereich praktisch aussähe und bis wann diese fertig gestellt werden könne.

Abg. Kristina Köhler (CDU/CSU) richtet an alle drei Experten die Frage, ob es im Kulturbereich noch „blinde Flecken“ gebe, wo noch Primärdaten erhoben werden müssten, oder ob

ausschließlich mit Sekundäranalysen das bestehende Datenmaterial erschlossen werden könne. Zweitens fragt sie, ob die Experten eine Chance sähen, sich auf eine Definition von Kultur, ohne die eine Kulturstatistik nicht operationabel gemacht werden könne, zu einigen.

Abg. Angelika Krüger-Leißner (SPD) richtet an Herrn Söndermann (Arbeitskreis Kulturstatistik) die Frage, ob es in anderen europäischen Staaten Modelle der Kulturstatistik gebe, die für die deutsche Situation Vorbildcharakter haben könnten. Aus einer Veröffentlichung von Herrn Söndermann (Arbeitskreis Kulturstatistik) wisse sie, dass er sich mit dem österreichischen Modell, gerade auch unter föderalen Anforderungen, befasst habe. Sie wolle erfahren, wo die Vorzüge der österreichischen Kulturstatistik lägen. Es sei wünschenswert, dass die statistischen Kulturdaten Deutschlands europaweit vergleichbar seien. Weiterhin fragt sie, ob der jüngste Strukturwandel der Kulturbetriebe statistisch erfasst worden sei. Hierbei seien Informationen über die finanzielle Situation von Eigenbetrieben oder anderen Ausgliederungen von Interesse.

Dr. Oliver Scheytt (SV) betont das Interesse des Kulturbereichs, dass Statistiken langfristig erhoben werden könnten. Es gehe in erster Linie nicht um eine aus Mitteln der Enquête-Kommission finanzierte einmalige Untersuchung. Er bittet die Experten um die Auskunft, welche Daten langfristig immer wieder erhoben werden sollten. Außerdem hebt Dr. Scheytt die nachteiligen Auswirkungen des Föderalismus für die Kultur hervor, die sich bei dem Thema Kulturstatistik wieder zeigten. Er verbindet dies mit der Frage, was gesetzlich auf der Bundesebene geschehen müsse, um zu einer einheitlichen Bundeskulturstatistik zu kommen.

Bundestagsvizepräsidentin Dr. Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt die drei Experten nach dem Kulturbegriff, der ihrer jeweiligen Arbeit zugrunde liege, ob dieser weiter oder enger gefasst sei und ob er in den drei repräsentierten Häusern identisch sei. An Frau Krüger-Hemmer (Statistisches Bundesamt) richtet sie die Frage, ob ihrer Ansicht nach die Länder sich an der vom Statistischen Bundesamt angebotenen Erstellung von einheitlichen statistischen Untersuchungen auf Bundesebene beteiligen würden. Drittens fragt sie danach, wie die deutschen Kulturstatistiker im internationalen Rahmen kommunizierten und ihre Daten mit denen anderer Länder verglichen. Diese Vergleichbarkeit sei nicht zuletzt wichtig, um die stets postulierte Dichte an kulturellen Einrichtungen in Deutschland verifizieren zu können. Herrn Bartella (Deutscher Städtetag) fragt sie, in welchen kulturellen Sektoren sich in den letzten Jahren statistisch alarmierende Entwicklungen gezeigt hätten.

Abg. Ursula Sowa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt die Experten danach, wie weit Prognosen und Szenarien wirkungsvoll in die Zukunft reichten, wenn diese noch eine seriöse Aus-

sagekraft behalten sollten. Zweitens fragt sie, inwieweit die Experten mit modernen Instrumenten wie z.B. virtuellen Szenarien arbeiteten.

Michael Söndermann (Arbeitskreis Kulturstatistik) nennt als wichtigstes Instrument für die Verstärkung einer einheitlichen nationalen Kulturstatistik die Entwicklung von Metamodellen zur qualifizierten Zusammenfassung der heterogenen Daten. Für institutionelle Kulturstatistiken, die z.B. Theater oder Bibliotheken erfassten, gebe es gewisse identische Grundkategorien: den Bestand an Einrichtungen, ihr Angebot, ihre Nutzer bzw. Teilnehmer (Nachfrage), das Beschäftigungspotenzial der Kultureinrichtungen und die Finanzierung. Dieses fünfdimensionale Modell könne man als ein Metamodell verwenden, in dem man das gesamte verfügbare statistische Datenmaterial integrieren könne.

Als zweites Instrument zur Stärkung einer Bundeskulturstatistik nennt Herr Söndermann die Schaffung eines organisatorischen Unterbaus, der bislang fehle. Dies liege daran, dass die deutsche Kulturstatistik seit jeher eine kommunale Statistik gewesen sei. Auch in der Arbeit der Kultusministerkonferenz spiele die Kulturstatistik nur eine untergeordnete Rolle. Der Arbeitskreis Kulturstatistik sei ein ehrenamtlich tätiger Verein, der zwar die Fachleute stellen könne und der über die wohl umfangreichste kulturstatistische Bibliothek und ein imposantes Archiv verfüge, der dieses Material aber nicht auswerten könne, weil dafür keine Ressourcen vorhanden seien.

Auf die Frage von Frau Köhler nach den „blinden Flecken“ in der Kulturstatistik antwortet er, dass es davon „jede Menge“ gebe. So existiere für fast keinen kulturellen Sektor eine Statistik, die alle fünf oben genannten Kategorien erfasse.

Der vom Arbeitskreis Kulturstatistik zugrunde gelegte Kulturbegriff sei weit ausgelegt. Zum einen sei der institutionelle Sektor (Theater, Museen etc.) in seinem Definitionsbereich enthalten, zum anderen gehöre dazu der gesamte Bereich des privatwirtschaftlichen Kultursektors. Als Orientierung diene dabei immer das Drei-Sektoren-Modell (öffentlich, intermediär-gemeinnützig, privatwirtschaftlich). Es sei nicht so schwer, den großen Rahmen der Kultur zu definieren, da es dafür variable Definitionsmöglichkeiten gebe.

Die österreichischen Statistiker würden für ihre Kulturstatistik die UNESCO-Konvention anwenden und den Kultursektor thematisch gliedern. Dafür seien 16 Hauptkategorien gebildet worden, zu denen eine variable Zahl von Unterkategorien gruppiert worden sei, die bei Bedarf ergänzt werden könnten. Die Unterkategorien seien gewissermaßen die thematischen Labels für jeden Sektor. So entstehe ein offenes System, mit dem man den Kulturbegriff gerecht würde.

Rainer Bartella (Deutscher Städtetag) rät dazu, den Kulturbegriff immer in Abhängigkeit davon, was gerade untersucht werden solle, zu definieren. Dies sei ein pragmatischer, aber meist auch gangbarer Weg.

Auf Frau Dr. Vollmers Frage nach besonders alarmierenden Entwicklungen antwortet Herr Bartella, dass die kommunalen Kulturausgaben im Jahr 2001 voraussichtlich nominal um 2,2% gesunken seien. Im Jahr 2002 seien die Ausgaben der Gemeinden nach vorläufigen Zahlen voraussichtlich um 2,5% zurückgegangen, 2003 würden sie voraussichtlich um 2,9% gesunken sein und für 2004 sei, sofern sich dies aus den Haushaltsansätzen erkennen lasse, noch einmal ein Rückgang von 3,5% zu erwarten. Dies summiere sich innerhalb von vier Jahren auf ein Minus von 10%. Dies treffe vor allem die kulturelle Bildung, und zwar sowohl die Jugend- als auch die Erwachsenenbildung.

Mit Bezug auf Dr. Scheytts Frage äußert Herr Bartella die Auffassung, dass man den Fachverbänden nicht gesetzlich vorschreiben könne, welche statistischen Daten diese erheben sollten. Die Fachverbände aber wären die Hauptquelle für die laufende Erhebung von kulturstatistischen Daten. Die gesetzliche Regelung kulturstatistischer Erhebungen auf Bundesebene widerspreche seiner Auffassung des föderalen Staatsaufbaus. Allerdings sei es denkbar, das Statistische Bundesamt anzuhalten, sämtliche für kulturelle Zwecke relevante Rahmendaten, z.B. die Umsatzsteuerstatistik oder das Unternehmensregister, aufzubereiten. Allerdings seien diese Daten nicht aktuell genug, da sie erst mit einigen Jahren Verzögerung vorlägen.

Es sei für die Enquête-Kommission ein guter Weg, an die Fachverbände heranzutreten und deren Datenmaterial nach festgelegten Kriterien, was für Erhebungsmerkmale man für die einzelnen Sektoren haben wolle, zu befragen.

Christiane Krüger-Hemmer (Statistisches Bundesamt) führt aus, dass das Statistische Bundesamt sich für seinen Kulturbegriff an dem UNESCO-Framework mit seinen sieben Kategorien, die den kulturellen Praxisfeldern entsprächen, orientiert habe. Hinzu habe man Querschnittsdarstellungen genommen, die alle Kultursektoren beträfen, z.B. zu den Künstlern, zur Herstellung und Verbreitung von Kunst und Kultur, zur kulturbezogenen Aus- und Fortbildung, zur Nachfrage der privaten Haushalte und zu den öffentlichen Kultureinnahmen und –ausgaben.

Anstelle des Begriffs „Metamodell“ verwende das Statistische Bundesamt den Terminus „einheitliche Darstellungskriterien für die Kulturbereiche“. Dazu zählten für die jeweiligen Sektoren: die Institutionen, (dort wo keine Institutionen existierten:) die Künstler, die Beschäftigten, das Angebot, die Nachfrage, Ausgaben und Einnahmen, evt. Mittler und Preise. Diese seien für eine vereinheitlichende Kulturstatistik ihres Erachtens relevant.

Mit Bezug auf die Frage nach Stärkungsmöglichkeiten der Kulturstatistik verweist sie auf ein Papier, das das Statistische Bundesamt für ein Projekt des BMI entwickelt habe. In diesem seien die Lücken in der deutschen Kulturstatistik benannt, z.B. die fehlenden Daten zum Personal in der Museumsstatistik. Einen guten Ansatzpunkt sehe sie in der Zusammenarbeit in der Facharbeitsgruppe Kulturstatistik der KMK. Darüber hinaus stimme sie der These zu, dass der Kulturstatistik eine Lobby fehle. Dies werde durch den Umstand belegt, dass im Statistischen Bundesamt keine personellen Kapazitäten speziell für Kulturstatistik vorhanden seien.

Weitere Lücken in der deutschen Kulturstatistik seien der Bereich der privaten Finanzierung von Kultur sowie von den kulturellen Sektoren besonders die Denkmalpflege und die Soziokultur. Für eine Auswertung der sozialen Situation von Künstler verweist sie auf eine Zusammenarbeit des Statistischen Bundesamtes mit der Künstlersozialkasse in der Vergangenheit. Sie könne sich eine Wiederholung dieser Kooperation vorstellen. Über die Dauer einer solchen Sondererhebung könne sie gegenwärtig keine konkreten Angaben machen.

In Beantwortung der Frage nach der europäischen Vergleichbarkeit von Kulturdaten verweist sie auf die Mitarbeit des Statistischen Bundesamtes in einer Arbeitsgruppe Kultur bei Eurostat. Dort gebe es drei Task Forces zu den Themen Kulturbeschäftigung, kulturelle Beteiligung und Kulturfinanzen, in denen man sich mit unterschiedlichem Entwicklungsstand um die Vereinheitlichung der europäischen Statistiken bemühe.

Die Kosten einer umfassenden Erhebung im Kulturbereich mit den Merkmalen, die sie in ihrem Eingangreferat skizziert habe, beziffert Frau Krüger-Hemmer auf 250.000€

Die **Vorsitzende** verweist auf den Etat der Enquête-Kommission für Gutachten und Aufträge. Sie leitet die nächste Fragerunde ein.

Abg. Günter Nooke (CDU/CSU) fragt die drei Experten, ob ihr Sachverstand von der Bundesregierung eingeholt worden sei, die eine in den Deutschen Bundestag eingebrachte Große Anfrage zur sozialen Lage der künstlerischen Berufe zu beantworten habe.

Staatsminister a.D. Dr. Johannes Zehetmair (SV) warnt davor, die Bedeutung der Kulturstatistik überzubewerten, sie sei lediglich der Ausgangspunkt der Arbeit der Enquête-Kommission. So sei die Frage des „Cui bono?“ zu stellen, d.h. es sei genau zu prüfen, welches statistisches Datum für die Arbeit der Enquête-Kommission relevant sei. Er warne davor, sich auf eine statistische Vergleichsdiskussion im europäischen Maßstab einzulassen, denn dies würde unweigerlich zu einem Abbau des – weltweit in vielen Bereichen – führenden Kulturangebots in Deutschland führen. Kernpunkt sei vielmehr, dass kulturelle Vielfalt in Europa weiterhin möglich sein müsse. Diese könne nicht durch Statistik bewahrt werden.

Abg. Hans-Joachim Otto (FDP) äußert seine Überraschung über die Vorstellung, dass die Enquête-Kommission dem Statistischen Bundesamt die Ressourcen für die Erhebung von Daten zur Verfügung stellen könne. Er bekundet seine Enttäuschung, dass Kulturstatistik offensichtlich nicht zu den Aufgaben des Statistischen Bundesamts gehöre, obwohl in Deutschland viel Geld für Kultur ausgegeben werde und davon viele Arbeitsplätze abhingen. Er fragt Frau Krüger-Hemmer (Statistisches Bundesamt) nach den Gründen dafür. Mit Bezug auf den Beitrag von Staatsminister a.D. Dr. Zehetmair plädiere er dafür, mit den statistischen Erkenntnissen offensiv umzugehen. Man könne nicht nach der Devise verfahren „Wir heben den Stein gar nicht erst auf, sonst könnten sich daraus unangenehme Erkenntnisse ergeben“, nämlich dass die kulturelle Versorgung in Deutschland besser sei als in nahezu allen anderen europäischen und erst recht außereuropäischen Ländern. Die gewonnenen Zahlen seien zu bewerten, mit ihnen müsse ehrlich umgegangen werden. Ein selektiver Umgang mit Zahlen sei nicht zulässig. Es sei Aufgabe der Enquête-Kommission, dafür zu sorgen, dass aus einem möglichen positiven Ergebnis einer Bestandsaufnahme nicht Argumente für den Abbau von kulturellen Angeboten entstünden.

Staatsminister a.D. Dr. Gerd Harms (SV) mahnt dazu, die richtigen Fragen an die Kulturstatistik zu stellen. Immer mehr wissen zu können, sei kein Wert an sich, „blinde Flecken“ in der Statistik zunächst kein Problem. Entscheidend sei, dass die Mitglieder der Enquête-Kommission die wesentlichen Fragestellungen, die an die Statistik zu richten seien, diskutierten. Es sei ein lohnendes Ziel zu ermitteln, welche Stellschrauben in der Kooperation zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sowie zwischen den Fachverbänden und den Statistikern so gestellt werden könnten, dass das vorhandene Datenmaterial besser vernetzt und genutzt werden könne. Eine Bundeskulturstatistik helfe nicht unbedingt weiter. Zweitens sei steuerungsrelevantes Wissen vonnöten: Der Deutsche Bundestag habe sich z.B. sehr lange mit dem Künstlersozialversicherungsgesetz befasst; daher sei es unverständlich, dass nun kein statistisches Instrument zur Erfolgskontrolle der Künstlersozialversicherung vorhanden sei. Solche steuerungsrelevanten Fragen zu stellen sei effektiver als immer neue Daten zu erheben, was angesichts der aktuellen finanziellen Lage der öffentlichen Haushalte nicht in die politische Landschaft passe. Daher sei die Frage, wer die Fragen zu diesem steuerungsrelevanten Wissen stelle.

Dr. Susanne Binas (SV) spricht das Thema „blinde Flecken“ bezüglich der wirtschaftlichen und sozialen Lage von Künstlern und bezüglich der Kulturwirtschaft an. Sie fragt, inwiefern methodische Ansatzpunkte wie die Umsatzsteuerstatistik oder das Handelsregister für mittelständische Unternehmen in der Kulturwirtschaft oder Künstler als Freiberufler relevant seien.

Kleine mittelständische Unternehmen kämen bisweilen nicht über den Umsatzsteuersatz, gleichwohl setzten diese auch interessante kulturelle Trends und seien wirtschaftlich nicht irrelevant. Sie fragt, wie die Kulturstatistik den Veränderungen im Kulturbetrieb gerecht würde.

Prof. Dr. Wolfgang Schneider (SV) äußert die Einschätzung, dass es für die Enquête-Kommission darum ginge, Fragen an die Statistik in einem kulturpolitischen Kontext zu stellen. An Herrn Bartella (Deutscher Städtetag) richtet er anlässlich dessen Ausführungen zur Lage der kulturellen Bildung die Frage, inwieweit er aus statistischen Erhebungen zu Einsichten komme, die dann zu kulturpolitischen Handlungsempfehlungen führen könnten. Hier sei eine Antwort anhand des konkreten Falls der kulturellen Bildung wünschenswert. Herrn Söndermann (Arbeitskreis Kulturstatistik) stellt er die Frage, inwieweit die Kulturstatistiken glaubhaft seien, da es unterschiedliche Aussagen verschiedener Statistiken gebe. Weiterhin sei es für die Enquête-Kommission wichtig zu überlegen, welche politischen Aussagen sich aus den statistischen Erkenntnissen ableiten ließen. Das Datenmaterial werde sicherlich genügend Argumente für eine Verstärkung der kulturellen Anstrengungen in Deutschland liefern. Frau Krüger-Hemmer (Statistisches Bundesamt) fragt er nach dem Jahresetat und der Beschäftigtenzahl des Statistischen Bundesamtes.

Abg. Siegmund Ehrmann (SPD) erinnert daran, dass das Expertengespräch im Kontext des Auftrags der Enquête-Kommission stehe. Es müsse daher allein darum gehen, aufgrund dieses Auftrags zu ergründen, wie die vorhandenen Daten dafür nutzbar gemacht werden könnten. Es sei dafür zu sorgen, dass aus einem „leeren Datum“ eine Information werde. Er äußert den Wunsch, dass die drei Experten die Enquête-Kommission bei ihren weiteren Schritten auf dem Feld der Kulturstatistik fachkundig unterstützten, indem sie aufzeigten, welche Daten vorhanden seien und nutzbar gemacht werden könnten. Es sei zu überlegen, wie eine solche Kooperation mit dem Sekretariat der Enquête-Kommission gestaltet werden könne.

Abg. Günter Nooke (CDU/CSU) fragt, inwiefern die kulturellen Aktivitäten der Kirchen in den Kulturstatistiken erfasst würden und wenn ja, wie diese erfasst würden. An Herrn Söndermann (Arbeitskreis Kulturstatistik) richtet er weiterhin die Frage, welche prozessualen dynamischen Modelle der Statistik, die eine politische Gewichtung von dem, was zu tun sei, erlaubten, dieser für realistisch halte. Eine Bestandsaufnahme sei, wenn sie zum Zeitpunkt der Erfassung veraltet sei, weil sich z.B. das Steuerrecht geändert habe, eigentlich uninteressant.

Rainer Bartella (Deutscher Städtetag) äußert die Auffassung, es sei sehr wichtig, dass die Enquête-Kommission die Fragen an die Kulturstatistik formuliere, nämlich welche Erkenntnisse sie aus ihr gewinnen wolle. Diese Fragen ergäben sich teilweise aus dem Arbeitsprogramm der Enquête-Kommission, diese seien aber noch zu konkretisieren. Für die Arbeit der Kommission sei eine kontinuierliche statistische Beratung sinnvoll.

Für die Erfassung der kulturellen Aktivitäten der Kirchen gebe es z.B. das Musikinformationszentrum des Deutschen Musikrates (miz) sowie Informationen des Deutschen Sängerbundes. Mit Bezug auf Prof. Dr. Wolfgang Schneiders Frage nennt er als Beispiel für den von ihm erwarteten Ausgabenrückgang für die kulturelle Bildung die Beitragserhöhungen an nordrhein-westfälischen Musikschulen, die zu vermehrten Austritten geführt hätten, was wiederum erneute Einnahmeausfälle nach sich gezogen habe. Dies sei durch reduzierte Förderung seitens verschiedener nordrhein-westfälischer Städte hervorgerufen worden. Hier zeige sich ein besonders drastischer Fall, dass es durch knappe Haushaltsmittel zu massiven Einschränkungen des kulturellen Angebots komme. Als kommunaler Kulturpolitiker müsse man diese Entwicklungen kontinuierlich und über einen längeren Zeitraum genau beobachten; dafür sei eine regelmäßige statistische Berichterstattung notwendig.

Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von Künstlern sei der Deutsche Städtetag von der BKM nicht befragt worden. Herr Bartella sehe ihn zu dieser Frage aber auch nicht als ersten Ansprechpartner.

Christiane Krüger-Hemmer (Statistisches Bundesamt) verneint eine Kontaktaufnahme seitens der BKM gleichfalls für das Statistische Bundesamt. Mit Bezug auf den Beitrag von Herrn Abg. Hans-Joachim Otto weist sie darauf hin, dass das Statistische Bundesamt nur dort tätig werden könne, wo eine Rechtsgrundlage vorhanden sei. Das Statistische Bundesamt habe die Möglichkeit, Sondererhebungen vorzunehmen, wenn ein akuter Datenbedarf gegeben sei, die jedoch maximal einmal wiederholt werden könnten. Das Fehlen einer bundeseinheitlichen Kulturstatistik sei daher auf die geringen Kompetenzen des Bundes für die Kultur zurückzuführen.

Auf die Frage von Frau Dr. Susanne Binas antwortet sie, dass das Statistische Bundesamt verschiedene Quellen in sein Unternehmensregister einspeise; dazu gehörten neben der Umsatzsteuerstatistik auch entsprechende Quellen der Bundesanstalt für Arbeit, so dass darin auch kleinere, z.B. „Ein-bis-zwei-Mann“-Unternehmen erfasst seien. Das Unternehmensregister sei in einem Aufbau- und Wachstumsprozess begriffen; sie äußert die Hoffnung, dass den Veränderungen im Kulturbereich damit ausreichend Rechnung getragen werde.

Das Statistische Bundesamt sei wie viele Bundesbehörden derzeit von wiederholten Budgetkürzungen betroffen gewesen. Da für die Kulturstatistik die Rechtsgrundlage fehle, stehe dafür auch kein Personal zur Verfügung.

Michael Söndermann (Arbeitskreis Kulturstatistik) teilt mit, dass auch der Arbeitskreis Kulturstatistik von der BKM zur Großen Anfrage zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der künstlerischen Berufe nicht befragt worden sei. Er stimmt Staatsminister a.D. Dr. Zehetmairs Auffassung zu, dass die Gefahr bestehe, sich „zu Tode zu statistiken“. Daher sei der Plan einer bundesgesetzlichen Einführung einer Kulturstatistik stark in Frage zu stellen. Ergänzend zu allem bisher Gesagten sei festzuhalten, dass es seit einigen Jahren eine *interne* Praxis der Kulturstatistik gebe: Diese werde jedoch von Finanzpolitikern erstellt. Für die Kulturpolitik sei hingegen eine *öffentliche* Nutzbarmachung von Kulturstatistik vonnöten, die damit nicht geleistet werden könne. Einen interessanten und besonders stabilen Seitenzweig der Kulturstatistik lieferten die Wirtschaftsministerien: In NRW beispielsweise sei inzwischen schon der vierte Kulturwirtschaftsbericht erstellt worden. Dort würden jährlich Analysen zum Buchmarkt, zum Theatersektor, zum Musikmarkt u.a. erstellt mit dem Fokus auf Künstlern, Kulturberufen und kleinen Kulturunternehmen. Dies sei eine sehr interessante Entwicklung, die es vergleichbar im kulturpolitischen Bereich nicht gebe.

Er stimmt Frau Dr. Susanne Binas zu, dass sie einen sehr wunden Punkt der Statistik berührt habe. Bei der Lage in den künstlerischen Berufen handle es sich um eine sehr prekäre, da dynamische Struktur, die bisher nur mit altmodischen statistischen Instrumentarien erfasst worden seien. Eine Künstler-Enquête wie in den Siebzigerjahren sei – u.a. aus Kostengründen – heutzutage gar nicht mehr durchführbar. Die Statistiker hätten die Hoffnung, aus einer Kombination aus amtlichen und verbandlichen Statistiken das Thema Kultur- und Künstlerberufe zu erfassen. Dies sei ein „sauschwieriges“ Thema empirisch-quantitativer Art.

Auch Prof. Dr. Wolfgang Schneiders Hinweis auf die Problematik der Glaubwürdigkeit von Statistiken sei berechtigt: Dies liege daran, dass die meisten Statistiken Verbandsstatistiken seien, die zu Verbandszwecken, zu deren politischer Argumentation, und nicht aus einem objektiven Gestus heraus erzeugt worden seien. Daher sei es notwendig, dass eine neutrale Stelle die verbandlichen Statistiken in Verbindung mit amtlichen Statistiken unter wissenschaftlichen Bewertungen in einen neuen Wertungszusammenhang bringe.

Der für ihn entscheidende Punkt sei die Frage, welche Ziele mit der Kulturstatistik verfolgt würden: Die Kulturstatistik sei nicht in der Lage, aus sich selbst heraus die notwendigen Fragen an ihr Datenmaterial zu stellen. Sie habe bisher nicht gelernt, ihr Datenmaterial unter kulturpolitischen Fragestellungen zu evaluieren. Die Kulturpolitik müsse in Verbindung mit der

Wissenschaft die entsprechenden Fragen stellen, die dann mit kulturstatistischem Material angereichert würden. Auch der Arbeitskreis Kulturstatistik sei unabhängig von Herrn Bartella (Deutscher Städtetag) zu der Auffassung gelangt, dass der Hauptverlierer künftiger finanzieller Kürzungen im Kulturbereich die kulturelle Bildung sein werde. Nach einer Prognose der Kulturausgaben der öffentlichen Haushalte für den Zeitraum 2003-2006 würden 15-20% der öffentlichen Mittel für kulturelle Bildung verloren gehen (von 2,46 Mill. € auf 1,74 Mill. €), da eine jährliche Kürzung der öffentlichen Kulturausgaben um je 3% erwartet würde (s. Tischvorlage des Arbeitskreises Kulturstatistik). Dieses Beispiel zeige, wie Kulturstatistik als Instrument der Politikberatung, konkret als Frühwarnsystem funktionieren könne. Er biete der Enquête-Kommission daher an, ihre Fragestellungen auf ihre kulturstatistische Beantwortbarkeit zu überprüfen.

Helga Boldt (SV) weist auf das Problem der Definition von kultureller Bildung hin. In der vorgelegten Prognose sei dies nicht sauber genug definiert. Zudem gebe es eine sehr breite Landschaft von Leistungsvergleichen der Kulturinstitutionen, die für die Politikberatung ebenfalls von Bedeutung seien.

Dr. Oliver Scheytt (SV) führt aus, dass er es für wichtig halte, im Plenum darüber zu beraten, welche Schritte die Enquête-Kommission als Konsequenz des Expertengesprächs unternehmen wolle.

Die **Vorsitzende** weist darauf hin, dass es zunächst Ziel gewesen sei, sich von den anwesenden Experten über die Leistungsfähigkeit und –defizite der Kulturstatistik informieren zu lassen. Sie bedankt sich im Namen der Mitglieder der Enquête-Kommission bei den Experten für die engagierten Vorträge. Die Experten hätten aufgezeigt, dass es eine Fülle von statistischen Daten gebe, die aber nicht kongruent seien, bei denen es an einer Vernetzung fehle. Es gebe darüber hinaus auch noch Bereiche, zu denen kein Datenmaterial vorliege. Die Experten hätten außerdem deutlich gemacht, dass auf diesem Gebiet vieles leistbar sei und sie auch leistungsfähig und –willig seien. Für die Enquête-Kommission stelle sich nun die Frage, was sie mit einer Kulturstatistik erreichen wolle, ob dies nur „Erbsenzählen für Deutschland“ sei oder ob der Kulturbereich mit ihr angesichts der Verteilungskämpfe besser bestehen könne. Die Experten hätten überdies deutlich gemacht, dass die Kulturstatistik als Mittel der Politikberatung nutzbar gemacht werden könne. Insofern hoffe sie auf eine Verzahnung der Arbeit der Enquête-Kommission mit den Aktivitäten der Kulturstatistik. Die Mitglieder würden sich über die Ergebnisse des Expertengesprächs beraten und darüber, welche Daten unter fachkundiger Beratung erstellt werden sollten. Mit welchem Zeithorizont und mit welcher Dynamisierung

die Untersuchung geschehen solle, müsse zunächst jedoch vorbesprochen werden. Nach einer Aufbereitung im Obleutegespräch werde in der nächsten Plenumsitzung darüber gesprochen werden. Die **Vorsitzende** dankt auch den Zuhörerinnen und Zuhörern für ihr reges Interesse. Sie dankt außerdem allen Mitgliedern der Enquête-Kommission für ihre Mitarbeit in den zurückliegenden Monaten. Sie habe die bisherige Zusammenarbeit als sehr harmonisch und konstruktiv empfunden. Dies komme auch darin zum Ausdruck, dass bislang fast alle Entscheidungen einstimmig getroffen worden seien. Die Mitglieder könnten zufrieden feststellen, dass innerhalb einer relativ kurzen Zeit - 2 Monate - eine Menge geschafft worden sei: Es sei ein Arbeitsprogramm beraten und beschlossen worden, wichtige Schritte zur Klärung einer Bestandsaufnahme der geltenden Rechtsvorschriften seien getan worden, es sei eine erste Anhörung zur "Kulturstatistik" durchgeführt worden, es seien erste Vorüberlegungen der Einbeziehung kulturpolitischer Erfahrungen und Reformansätze benachbarter EU-Staaten erfolgt und die Mitglieder hätten ihre Arbeit organisiert und Arbeitsgruppen gebildet. Dieser Fleiß sei auch in der Verwaltung nicht unbemerkt geblieben. Binnen zwei Monate habe die Enquête-Kommission nahezu das gesamte Instrumentarium einschließlich Sondergenehmigungen ausprobiert und sei dabei meistens erfolgreich gewesen.

Die **Vorsitzende** sagt, dass sie daher guten Mutes in das neue Jahr gehe, dass die Kommission inhaltlich mit ihrer Arbeit voran und schon sehr bald zu ersten Ergebnissen kommen werde. Mit den besten Wünschen für ein Frohes Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr schließt sie die Sitzung.

Sitzungsende: 15.00 Uhr.

Gitta Connemann MdB

Vorsitzende